



Ausgabe Dezember 2020

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

selten haben wir uns wohl so sehr darauf gefreut ein Jahr zu beenden und selten haben wir mit so viel Hoffnung auf den Jahreswechsel geschaut.

Das Jahr 2020 wird immer fest mit der bisher größten Krise in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verbunden bleiben. Wir stehen kurz vor dem Weihnachtsfest und schauen auf die Realität dieser Tage. Das Weihnachtsfest 2020 wird so ganz anders sein wie alle anderen in der Vergangenheit. Es wird entscheidend darauf ankommen, dass wir alle mitmachen: die Kontakte soweit wie möglich reduzieren, uns an die Vorgaben halten und die Abstands- und Hygieneregeln einhalten. Es steht vollkommen außer Frage, dass gerade die nächsten Tage eine große Herausforderung für uns alle werden.

Dennoch wünschen wir Ihnen, dass Sie voller Optimismus und Hoffnung darauf, dass wir im neuen Jahr diese Krise überwinden, in die Festtage gehen und wünschen trotz aller schwierigen Rahmenbedingungen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest.

Ihr

Kai Seefried

Toepffer: Stehen vor großen ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen

Hannover. „Aus Sicht der Unionsfraktion ist das, was an diesem Haushalt leider als allererstes auffällt die enorme Neuverschuldung. Eine notwendige Neuverschuldung. Aber eine Verschuldung die uns trotzdem mit großer Sorge erfüllt. Die enormen finanziellen Anstrengungen des Landes sind aber notwendig, wenn wir einigermaßen unbeschadet durch die aktuelle Krise kommen wollen“, so der CDU-Fraktionsvorsitzender Dirk Toepffer zum Haushalt 2021.

„Uns stellen sich sowohl ökonomische als auch gesellschaftliche Herausforderungen. Ich will dies in einigen Schlüsselbereichen deutlich machen. Schlüsselbereiche, ohne deren Wirtschaftskraft wir die zur Erfüllung staatlicher Aufgaben benötigten Steuermittel nicht erzielen werden“, so der Fraktionschef.

„Niedersachsen ist die Heimat des größten Reisekonzerns der Welt. Niedersachsen ist die Heimat einer der erfolgreichsten Kreuzschiffwerften, ebenfalls weltweit. Niedersachsen verfügt über einen exzellenten Großflughafen. Daher ist es richtig, dass diese Landesregierung alles tut, um die Tourismuswirtschaft in Niedersachsen auch in diesen Zeiten, in denen eigentlich gar kein Tourismus stattfinden kann, am Leben zu halten“, so Toepffer.

„Wir brauchen Unternehmen wie die TUI, um aus der Krise neu starten zu können. Wir brauchen solche Unternehmen auch, um die jetzige Verschuldung zurückzuführen. Und natürlich ist die TUI auch als wichtiger Auftraggeber gefragt“, erläutert der CDU-Fraktionschef.

„Wir müssen beim Thema Tourismus auch über den einzigen niedersächsischen Großflughafen Hannover-Langenhagen, zum dem sich die CDU-Landtagsfraktion ganz klar bekennt, sprechen“, so Toepffer. Seine Fraktion begrüße es ausdrücklich, dass dem Flughafen in dieser Zeit durch eine Landesbürgschaft geholfen werde.

„Wir sind sicher, dass es unserem Flughafen zeitnah gelingen wird, wieder durchzustarten. Trotzdem ist die Frage erlaubt, ob das Geschäftsmodell unseres Flughafens Veränderungen erfahren kann. Dieses Geschäftsmodell beruht in weiten Teilen auf einem sehr seltenen, fast würde ich sagen Alleinstellungsmerkmal dieses Airports. Nämlich seiner Nachtflugerlaubnis“, stellt Toepffer fest. Niemand wolle diese Nachtflüge in Gänze verbieten. Aber es könne nicht richtig sein, dass der Flughafen nur

noch dadurch Geld verdient, dass diese Nachtflüge immer mehr ausgeweitet würden. Der Bundesverkehrsminister sei gefordert, endlich ein nationales Flugverkehrskonzept zu entwickeln.

„Eine weiteres Unternehmen mit Landesbeteiligung leidet unter der Pandemie: die Deutsche Messe AG. Die CDU Fraktion will die Deutsche Messe AG als bedeutende Landesbeteiligung erhalten. Das Unternehmen ist ein wichtiger Leuchtturm niedersächsischer Wirtschaftspolitik“, so der Fraktionsvorsitzende.

Aber die Zeiten hätten sich auch ohne die Pandemie verändert. Man müsse heute nicht mehr mit dem Flugzeug um die halbe Welt reisen, um Produkte zu betrachten und Geschäftskontakte zu pflegen. „Die Deutsche Messe AG muss ihr Geschäftsmodell daher entsprechend anpassen“, so Toepffer.

Im Ziel seien sich die Koalitionspartner dabei einig. Im Detail setzten sie aber durchaus unterschiedliche Prioritäten. „CDU und SPD nähern sich den aktuellen Problemen tatsächlich oft von verschiedenen Seiten. Und erreichen so trotzdem für das Land gute Ergebnisse. So werden wir in Zukunft weitermachen“, Toepffer abschließend.

Dammann-Tamke: Rahmenbedingungen schaffen, die es ermöglichen, fair und über alle Stufen hinweg diese Wertschöpfung zu partizipieren



Hannover. Der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Helmut Dammann-Tamke ging während seiner Haushaltsrede auf die ausgesprochen schwierige und gerade in wirtschaftlicher Hinsicht angespannte Situation in der niedersächsischen und auch deutschen Landwirtschaft ein.

Im Frühjahr sei der Sektor Agrar, Ernährung und Lebensmittel noch als systemrelevant eingestuft worden. „Heute müssen wir feststellen, dass der Lebensmitteleinzelhandel Rekordumsätze verzeichnet, während beim verarbeitenden Gewerbe, das größtenteils unter voller Auslastung arbeitet, nichts ankommt“, so Dammann-Tamke weiter.

Neben diesen strukturellen Verwerfungen erwarte ein großer Teil unserer Gesellschaft einen Transformationsprozess, der in seiner Vielfalt und Tragweite einzigartig ist. „Neben anderen Wirtschaftszweigen, ist auch dieser Wirtschaftszweig einem enormen Druck ausgesetzt. Mehr denn je ist es Aufgabe der Politik Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen fair und über alle Stufen hinweg diese Wertschöpfung zu partizipieren“, so Dammann-Tamke weiter.

Die regierungstragenden Fraktionen würden mit ihren Anträgen aufzeigen, wie sich die Landwirtschaft zukünftig neu ausrichten kann.

Calderone: Koalition stärkt Gerichte und Staatsanwaltschaften – mehr Stellen im Kampf gegen Clankriminalität und Kindesmissbrauch

Hannover. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Arbeitsbelastung an niedersächsischen Gerichten und Staatsanwaltschaften stärken CDU und SPD die Justizbehörden auch im Jahr 2021 mit zahlreichen unbefristeten neuen Richter- und Staatsanwaltschaften. Neben der Bekämpfung von Clankriminalität sollen sowohl der Kampf gegen Kindesmissbrauch als auch gegen Hasskriminalität und Extremismus intensiviert werden. Ein weiteres Augenmerk legt die Koalition mit zusätzlichen Stellen auf Digitalisierung und die Stärkung des Justizvollzugs.



„Trotz enormer finanzieller Belastungen durch die Corona-Pandemie ist es unserer Justizministerin Barbara Havliza gelungen, einen Haushalt vorzulegen, der den aktuellen Herausforderungen gerecht wird. Ein demokratischer Rechtsstaat kann nur funktionieren, wenn seine Justiz handlungsfähig ist und Straftaten konsequent verfolgt werden“, sagte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Christian Calderone, im Rahmen der aktuellen Debatte zum Haushalt des Justizministeriums. „Hierbei legt die Ministerin die richtigen Schwerpunkte.“

Wir werden Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung von Kindern noch stärker verfolgen und darüber hinaus sicherstellen, dass Angriffe gegen kommunale, oft ehrenamtliche Amtsträger künftig schneller vor Gericht verhandelt werden. Das sind wir den Opfern schuldig.“ Neben einer besseren Personalausstattung soll hierbei auch verstärkt auf Prävention gesetzt werden. Ein weiterer wichtiger Baustein der künftigen Justizpolitik sei die Digitalisierung der Behörden sowie der Verfahren selbst, so Calderone weiter. „Wir setzen den Weg zur elektronischen Akte weiter konsequent fort und stellen hierfür nicht nur die Ausstattung, sondern auch die benötigten Stellen zur Verfügung.“

Bäumer: Umweltpolitik ist in Niedersachsen gut aufgestellt

Hannover. Als gut aufgestellt hat der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Martin Bäumer die Umweltpolitik in Niedersachsen anlässlich der Beratungen zum Haushalt 2021 bezeichnet. „Anders als die früheren grünen Umwelt- und Landwirtschaftsminister haben wir in diesem Jahr die Beratungen zum Naturschutzgesetz und zum Wassergesetz zu einem positiven Abschluss gebracht. Auch das neue Klimaschutzgesetz ist ein Meilenstein in der niedersächsischen Umweltpolitik“, so Bäumer.



Im neuen Haushaltsjahr stünden über den Niedersächsischen Weg Millionenbeträge für einen verbesserten Natur- und Artenschutz zur Verfügung. Diese Beträge würden ihre Wirkung im Flächenland Niedersachsen entfalten: „Um die Konflikte beim Ausbau der Windenergie abzubauen, starten wir ein Modellprojekt, dass in den Kommunen die Arbeit erleichtern soll. Mit einem verbesserten Flächenmanagement für den Hochwasserschutz tragen wir der Entwicklung Rechnung, dass wir den Ausgleich zwischen Starkregeneignissen und Sommertrockenheit managen müssen“, so der Umweltpolitiker.

Ganz wichtig sei der CDU-Landtagsfraktion die Verstetigung der Zuschusserhöhung für das Landesbüro Naturschutz (LaBüN). „Damit erkennen wir an, dass auch Jäger, Angler und Fischer anerkannte Naturschutzverbände sind und erfüllen verlässlich eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende abschließend.

Toepffer: Müssen Sterben der Innenstädte verhindern – Vorschlag des Städtetags zur Unterstützung der Einzelhändler ist zielführend

Hannover. „Der Einzelhandel in den niedersächsischen Innenstädten leidet unter den Beschränkungen zur Eindämmung der Pandemie besonders. Nach dem Lockdown Anfang des Jahres müssen die Inhaber geführten Geschäfte nun um ihr Weihnachtsgeschäft bangen. Die Politik wird auch ihnen helfen müssen“, so der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Dirk Toepffer. „Der Vorschlag des Niedersächsischen Städtetags, Einzelhandelsunternehmen, die weniger als 75% des Umsatzes aus den Vergleichsmonaten November und Dezember 2020 erzielen, staatlich zu unterstützen, halte ich für zielführend“, so Toepffer. „Die Einzelhändler sind durch Corona unverschuldet in Not geraten und die Innenstädte drohen weiter auszusterben. Wenn jetzt ein inhabergeführtes Geschäft schließt, macht später kein neues mehr dafür auf. Wir müssen daher das Geschäftsterben in unseren Innenstädten verhindern“, so Toepffer abschließend.



Thiele: Landeshaushalt 2021 ist ein Haushalt der Stabilität

Hannover. „Dieser Haushalt 2021 ist vor allem ein Haushalt der Stabilität. Das klingt langweilig. In Wahrheit ist es in einer so schweren Krise ein ganz wichtiges Signal. Wir bleiben verlässlich. Wir bleiben berechenbar. Wir bleiben stabil. In Zeiten der Krise ist Stabilität ein Wert an sich“, erklärte Ulf Thiele, stellvertretender Vorsitzender und haushaltspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in der Debatte zum Niedersächsischen Landeshaushalt 2021. Stabilität und Verlässlichkeit spiegelten sich auch in den politischen Beschlüssen von CDU und SPD zum Haushalt 2021 wieder. Denn diese zielten im Wesentlichen darauf ab, in der Krise Strukturen zu stabilisieren – insbesondere im Ehrenamt. „Die Haushaltsanträge von CDU und SPD sichern zudem parlamentarischer Beschlüsse der vergangenen Monate ab. Wir stärken zum Beispiel den Kinderschutz, indem wir den Bau und Betrieb eines



fünftens Kinderschutzzentrums in Niedersachsen finanzieren und die Arbeit des Landespräventionsrates stärken“, so Thiele.

„Gerade in der Krise bewährt sich die Niedersächsische Schuldenbremse sehr. Sie hindert uns nicht daran, Beatmungsgeräte zu kaufen, Soforthilfen zu zahlen, in die Stabilität unserer Wirtschaft zu investieren“, stellt der Haushaltsexperte fest. Der Tilgungsplan, der zusammen mit dem zweiten Nachtragshaushalt vorgelegt werden musste, zeige zugleich schmerzhaft auf, dass man sich Geld nicht nur leihen kann, sondern es auch zurückzahlen muss. „Vor diesem Hintergrund steht auch der Haushaltsantrag der Koalitionsfraktionen im Zeichen haushälterischer Vernunft.

Mit diesem Haushalt geben wir dem Land Niedersachsen Stabilität“, so Thiele abschließend.

Lechner: Koalition stärkt Behörden im Kampf gegen Extremisten – mehr Mittel für den Katastrophenschutz

Hannover. Vor dem Hintergrund einer nach wie vor äußerst angespannten Sicherheitslage in Deutschland mahnt der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Sebastian Lechner, im Kampf gegen Extremisten und Terroristen nicht lockerzulassen. In der Debatte zum Haushaltsentwurf des Innenministeriums sagte Lechner, dass Bund und Länder noch besser zusammenarbeiten müssten – insbesondere beim polizeilichen Datenaustausch. „Es kann nicht sein, dass bekannte Extremisten vom Radar der Behörden verschwinden, sobald sie eine Landesgrenze überschreiten. Es ist unerlässlich, den Austausch zu vereinheitlichen und zu harmonisieren. Mit dem von Bund und Ländern gemeinsam getragenen IT-Fonds wollen wir diese Lücke schließen.“ 3,8 Millionen Euro trage Niedersachsen zu dessen Finanzierung bei.

„Im Kampf gegen Kriminalität und Extremismus haben Polizei und Verfassungsschutz bereits in den vergangenen Jahren der rot-schwarzen Koalition eine deutliche Aufwertung erfahren“, so Lechner weiter. Die im Jahr 2017 650 zusätzlich eingestellten Kommissar-Anwärterinnen und -Anwärter haben ihre Ausbildung abgeschlossen und werden 2021 den Dienst aufnehmen. Hierfür werden die Anwärter- in Kommissarstellen umgewandelt. 80 Millionen Euro stellt das Land darüber hinaus für die Sanierung und Modernisierung der Liegenschaften des Verfassungsschutzes bereit. „Diese Koalition hält Wort und stärkt die innere Sicherheit auch und gerade in finanziell schwierigen Zeiten“, so Lechner. „Wir danken den vielen Polizistinnen und Polizisten, die jeden Tag für unsere Sicherheit eintreten.“



Deutlich mehr Unterstützung erhält aufgrund künftig steigender Anforderungen durch den Klimawandel auch der Katastrophenschutz in Niedersachsen. Nachdem die Mittel im vergangenen Jahr durch CDU und SPD zunächst einmalig um eine Million Euro erhöht wurden, wird diese Erhöhung nun bis 2024 fortgeschrieben und um weitere 1,5 Millionen Euro aufgestockt. „Wir können den Kommunen zusagen, dass im kommenden Jahr 10 Millionen Euro Fördermittel für die Anschaffung von Fahrzeugen für die Brandbekämpfung und den Katastrophenschutz bereitstehen“, versichert Lechner. Zusätzliche professionelle Unterstützung erhalten die Landkreise künftig durch das im kommenden Jahr startende Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz: „Es bleibt dabei, dass der Brandschutz regional sichergestellt wird. Zentrale Aufgabenfelder wie die Aus- und Weiterbildung wollen wir aber auch zentral organisieren. Wir danken allen im Brand- und Katastrophenschutz tätigen Menschen. Viele von ihnen arbeiten ehrenamtlich und leisten nicht nur jetzt während der Pandemie Unglaubliches.“

Mehr Engagement fordert Lechner abschließend im Bereich E-Government. „Wir sollten den digitalen Schwung der Pandemie nutzen und endlich vorankommen. Das Geld hierfür steht bereit. Jetzt gilt es, zu substantiellen Fortschritten zu kommen.“

Jasper: Niedersachsen wird Kulturszene weiter unterstützen und fördern

Hannover. „Die Kultur ist von der Corona-Pandemie stark betroffen. Mit dem Haushalt 2021 zeigen CDU und SPD deutlich, dass wir die vielfältigen kulturellen Strukturen in Niedersachsen erhalten und weiter fördern wollen“, so Burkhard Jasper, kulturpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.



Dazu wurden zahlreiche Mittel im Vergleich zu 2020 im Haushalt verstetigt, wie der Kulturpolitiker erklärt: „Die Kommunalen Theater erhalten weiterhin etwa 30 Mio Euro. Das Investitionsprogramm für kleine und mittlere Kultureinrichtungen in Höhe von 2,5 Millionen Euro wird erneut aufgelegt. Die Steigerungen für die Theaterpädagogik und freien Theater mit jeweils 250.000 Euro sowie für das Musikalisierungsprogramm für Kinder mit 500.000 Euro werden fortgeschrieben“, so Jasper. Ein neuer Impuls werde mit der Projektförderung der Kunstschulen in Höhe von 150.000 Euro gegeben.

„Der Haushalt einschließlich der Änderungsanträge von CDU und SPD ermöglicht der Kultur in Niedersachsen eine Weiterentwicklung. Mit den Mitteln können Aktivitäten auch in Zukunft gefördert werden, damit die dargestellten wichtigen Aufgaben der Kultur erfüllt werden können“, so der Kulturexperte.

Abschließend dankte Burkhard Jasper den Kulturschaffenden herzlich für die Kreativität in der Corona-Pandemie. Diese Krise habe deutlich gezeigt, dass die Bevölkerung die unterschiedlichen Kulturangebote nachfrage. „Das Land wird diese Vielfalt in Niedersachsen weiterhin unterstützen“, so Jasper abschließend.

Hillmer: Einzig die Wissenschaft ist in der Lage, die Pandemie selbst zu überwinden

Hannover. „Die Bewegungsmöglichkeiten im Wissenschaftshaushalt sind begrenzt und die Bewältigung der Pandemie überschattet alle anderen Themen. Dabei ist einzig die Wissenschaft in der Lage, die Pandemie selbst zu überwinden“, so Jörg Hillmer, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in der Haushaltsdebatte. Nur die Wissenschaft könne mit neuen Medikamenten und Impfstoffen dieser Pandemie ihren Schrecken nehmen und das Zusammenleben der Menschen wieder normalisieren. „Niedersächsische Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind führend in der Infektionsforschung. Mein Dank gilt Minister Thümler, der diese Forschung maßgeblich unterstützt. Insbesondere das Forschungsnetzwerk COFONI wird unsere Forschungskapazitäten bündeln und stärken“, so Hillmer. Die zusätzlichen Mittel für die Forschungsförderung seien aber nicht im normalen Haushalt zu finden. Diese seien bereits im letzten Nachtragshaushalt und im Sondervermögen abgesichert worden.



„Der Landesregierung danken wir dafür, dass sie zahlreiche unserer politischen Prioritäten aus der letzten Haushaltsberatung bereits in ihren Haushaltsvorschlag übernommen hat. Das hilft der Erwachsenenbildung, der Forschungsförderung und der Kultur“, so der Wissenschaftsexperte. Daher hätte es nur noch weniger Akzente bedurft, die in die politische Bildung über die Landeszentrale für politischen Bildung und der Initiative Arbeiterkind gesetzt wurden.

„Mit dem Haushaltsbegleitgesetz lösen wir die Zusage ein, dass wir für alle Studierenden, die in einem corona-beinträchtigten Semester studiert haben, die Regelstudienzeit um ein Semester gesetzlich erhöhen. Individuelle weitergehende Anträge an die Hochschulen bleiben möglich. Damit schaffen wir eine klare Regelung und eine Unterstützung für unsere Studentinnen und Studenten“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

„Die Reaktion der Hochschulen auf die Pandemie mit konsequenter Digitalisierung des Angebotes sind beispielgebend. Das war und ist eine große Herausforderung für Lehrende und Studierende. Aber wir sichern damit Bildung und vermeiden Kontakte“, so Hillmer abschließend.

Kai Seefried: Ohne das Ehrenamt läuft nichts

Landkreis Stade. Am letzten Samstag hat der CDU-Landtagsabgeordnete und Kandidat für die Landratswahl Kai Seefried einen virtuellen Klönschnack durchgeführt. Anlässlich des Tags des Ehrenamts hat Seefried die Gelegenheit genutzt, um mit möglichst vielen ehrenamtlich Tätigen im Landkreis Stade ins Gespräch zu kommen und ihnen damit stellvertretend für die vielen Ehrenamtlichen, die sich jeden Tag für unsere Gesellschaft einsetzen, zu danken. Da ein solches Gespräch derzeit in Präsenz auf Grund der Corona-Pandemie nicht möglich ist, wurde der virtuelle Klönschnack online durchgeführt. 50 Vertreter von Vereinen, Verbänden und Institutionen aus dem gesamten Kreisgebiet haben teilgenommen. Alle Teilnehmer haben im Vorwege zum Dank ein kleines Präsentpaket zugeschickt bekommen.

Im virtuellen Klönschnack stand natürlich auch die Auswirkung der Corona-Krise auf das Ehrenamt im Mittelpunkt. Es gibt keinen Bereich, der hier nicht besonders hart betroffen ist. Die vielen Aktivitäten, die eigentlich zum Jahresablauf fest dazugehören und die dazu beitragen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Miteinander zu stärken, konnten nicht stattfinden. Die Kultur steht vor großen Herausforderungen, ihre Einrichtungen zu erhalten und weiter zu finanzieren und die Hilfsorganisationen sind ganz besonders in der Bewältigung der Krise gefordert. Von daher war es gut, dass an der Veranstaltung auch Seefrieds Kollegen im Deutschen Bundestag, Enak Ferlemann und Oliver Grundmann, sowie der Landtagsabgeordnete Helmut Dammann-Tamke teilgenommen haben. So konnten die Anliegen, die für die Landes- und Bundespolitik relevant sind, gleich dort platziert werden.

Im Anschluss an den virtuellen Austausch hat Seefried noch in der Festung Grauerort sowie dem Christkind-Postamt und der Weihnachtsmann Stube in Himmelpforten vorbeigeschaut, um auch hier mit kleinen Geschenken stellvertretend für viele andere seinen Dank zum Ausdruck zu bringen. Kai Seefried sagt: „Es ist gut, dass es solche Tage wie heute mit dem Tag des Ehrenamtes gibt. Für mich persönlich ist es aber selbstverständlich und von besonderer Bedeutung, dass wir unseren Vielen, die sich häufig auch über das normale Maß hinaus einsetzen und engagieren, jeden Tag unsere Anerkennung und Wertschätzung entgegenbringen. Das ist das Mindeste, was wir gemeinsam tun können.“



Bäumer: Niedersachsen geht beim Klimaschutz zügig voran

Hannover. „In Niedersachsen geht es im Umweltbereich mit großem Tempo voran. Der Niedersächsische Weg und das Wasserschutzgesetz wurden auf den Weg gebracht. Nun kommt das Klimaschutzgesetz inklusive Verfassungsänderung. Wenn die Grünen nun erklären, es müsse schneller gehen, fehlt ihnen das klimapolitische Fingerspitzengefühl“, so Martin Bäumer, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, in der abschließenden Debatte zum Klimaschutzgesetz. „Wir legen für Niedersachsen erstmals verbindliche Ziele zur Reduzierung von Klimagasen fest. Minus 55% bis 2030 und Klimaneutralität im Jahr 2050. Wir betreiben

Klimaschutz mit Augenmaß“, so Bäumer. Gleichzeitig werde festgelegt, dass Niedersachsen seinen Energiebedarf bis 2040 bilanziell vollkommen aus erneuerbaren Energien decken müsse.

„Das Klimaschutzgesetz legt darüber hinaus fest, zukünftig bei Schienenfahrzeugen nur noch emissionsarme Antriebe zu beschaffen, gleiches gilt für den ÖPNV. Fahrzeuge der Landesverwaltung werden nach und nach auf emissionsarme und saubere emissionsfreie Antriebe umgestellt und es wird ein Klimakompetenzzentrum eingerichtet“, so der Umweltpolitiker.

Flankiert werde dies von einer 46 Punkte umfassenden Liste für ein umfangreiches Maßnahmenprogramm. Darin enthalten sind zahlreiche Förderprogramme für eine verbesserte Ladeinfrastruktur oder die Anpflanzung von klimaangepassten Wäldern. „Die Liste der Maßnahmen mit einem Volumen von 1 Milliarde Euro ist noch länger. Wir danken allen, die an diesem Programm und dem Klimaschutzgesetz mitgearbeitet haben. Das war nicht einfach, denn ein solches Gesetz gab es vorher noch nicht in Niedersachsen. Wir haben hier kein Gesetz novelliert, sondern Neuland betreten. Mit dem Klimaschutzgesetz leisten wir Niedersachsen einen weiteren Schritt für unsere Umwelt“, so Bäumer abschließend.

Mohrmann: Ich appelliere an den Lebensmitteleinzelhandel – Unsere Landwirtschaftsfamilien brauchen mehr Geld

Hannover. „Die Preise, die unsere Landwirte für ihre Erzeugnisse bekommen, sind innerhalb eines Jahres zum Teil erheblich eingebrochen. Jedem Ferkel das den Stall verlässt, bindet man aktiv Geld an den Schwanz, um das mal richtig einzuordnen“, erläuterte der Abgeordnete Marco Mohrmann in der Debatte im Landtag. Die Milchpreise seien seit Jahren nicht auskömmlich und auch in der Geflügelerzeugung könnten die Kosten nicht mehr gedeckt werden.



„Im Gegenzug ist es dem Lebensmitteleinzelhandel in den letzten 12 Monaten gelungen, die Marktspanne zwischen Ein- und Verkauf bei Rind- und Schweinefleisch sehr deutlich zu steigern. In seiner Marktmacht schafft es der Lebensmitteleinzelhandel trotz deutlich sinkender Erzeugerpreise für die Bauern die Preise für die Verbraucher auch noch hochzuziehen“, so der Landwirtschaftsexperte. Gleichzeitig sei die Lage für die Landwirtschaftsfamilien existenzbedrohend und es sei die blanke Not, die sie mit ihren Schleppern auf die Straße treibe.

„Vier uns allen gut bekannte Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels haben die Macht; sie vereinen einen Großteil des Umsatzes in Deutschland in diesem Sektor. Wir nehmen die ersten konstruktiven Gespräche positiv zur Kenntnis. Sie konnten aber auch jahrelang mehr als hervorragend von ihrer Marge leben. Ich appelliere an Sie: Geben Sie den Bauern einen größeren Anteil davon ab. Unsere Landwirtschaftsfamilien brauchen mehr Geld“, so Mohrmann.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Kai Seefried MdL
Helmut Dammann-Tamke MdL

Anschrift:

Wahlkreisbüro Stade
Poststr. 34
21682 Stade

Kontakt:

E-Mail: mail@kai-seefried.de
E-Mail: wahlkreisbuero@dammann-tamke.de
Telefon: 04141/ 7976488 oder 7976489

**Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen?
Wir sind gerne für Sie erreichbar!**

Weitere Informationen unter www.kai-seefried.de
oder www.dammann-tamke.de